

Jetzt sollen wir genau das tun, wofür wir vorher bestraft wurden: Außerlandsge-schäfte betreiben und Devisen erwirt-schaften. Jetzt haben wir den Norden durch unseren Vorsprung an wirtschaft-lichem Know How und Verbindungen in den Westen in der Hand.“ Er war 1975 wegen „Wirtschaftsvergehen und Auslandskontakte“ für vier Jahre inhaf-tiert worden.

Freunde und Kritiker im Gefängnis

Am bewegendsten war das Wiedersehen mit Freunden nach so langer Zeit, mit denen ich zusammengearbeitet oder auch politische Überzeugungen geteilt hatte.

Einer von ihnen war Pfarrer Do Ba Ai, mit dem ich 1969 ein Ernährungsprogramm für umgesiedelte Flüchtlinge in der Provinz Quang Tri organisiert hatte. Er war kaum wiederzuerkennen. Zehn Jahre Gefängnis mit mehreren Jahren Einzelhaft haben ihn zum Wrack gemacht, er ist fast blind und schwer herzkrank. Sein jüngerer Bruder, Pfarrer Do Ba Cong, war sogar 11 Jahre inhaftiert. Das ohne Anklage und Gerichtsverfahren, nur wegen „Beteiligung an strategischen Umsiedlungsprojekten während des Krieges.“ Objektiv hatte er dadurch die US-Kriegsführung unterstützt, vom humanitären Standpunkt jedoch die Flüchtlinge vor dem Hungertod bewahrt, was subjektiv in seiner Intention lag. Er hat jetzt einen Ausreiseartrag ins Ausland gestellt. Wie Pfarrer Do Ba Ai hat die Partei viele gutwillige Bürger durch ideologisch begründete Maßnahmen, wie „Umerziehung“ oder jahrelange Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, entfremdet oder veranlaßt, in risikanter Weise das Land zu verlassen.

Sehr bewegend war das Wiedersehen mit Marie Angela, einer liebenswürdigen kath. Nonne in Da Nang, die inzwischen achtzig Jahre alt ist. Während des Krieges wurde sie „Mutter Theresa von Da Nang“ genannt wegen ihrer Sorge für „weggeworfene“ Babies. Ihr Waisenhaus wurde 1975 geschlossen, und man hatte ihr und ihren Schwestern jede Form von Sozialarbeit verboten. Aber kürzlich hatte das Volkskomitee von Da Nang und Quang Nam sie gebeten, eine Schule für Blinde einzurichten, für die sie jetzt Unterstützung aus dem Ausland sucht.



„Mutter Theresa“ von Da Nang

Es war mir jedoch nicht möglich, einen alten Freund und „Gesinnungsgenossen“ wiederzutreffen, den inzwischen siebzehnjährigen Pater Chan Tin, der am 16. Mai 1990 zusammen mit Prof. Nguyen Ngoc Lan und anderen Kritikern in Saigon verhaftet wurde und seitdem in einem Dorf 40 Km außerhalb Saigons in der Verbannung lebt. Er

schickte mir dafür einen Gruß mit seiner Klage: „Man hat mich ohne Prozeß zu drei Jahren Exil verdammt, unter Mißachtung der Bürgerrechte. Ich darf mein Dorf nicht verlassen, keinen Gottesdienst und keine Predigt in der Kirche halten und bin verpflichtet, mich alle 15 Tage bei der Polizei zu melden. Schau, so geht man mit den Menschenrechten um!“ Er hatte sich vor 1975 während des Thieu-Regimes sehr engagiert für die politischen Gefangenen eingesetzt, wohl nicht ahnend, daß er nach der Befreiung selbst ein Opfer werden würde. Als Anhänger der Theologie der Befreiung war er immer für ein politisches Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften eingetreten, hatte aber für eine kritische Kooperation mit der Partei plädiert. Zu Ostern 1990 hatte er den Reformkurs von Doi Moi der Partei beim „christlichen Wort“ genommen und auch die Parteiführung zu „Umkehr und Buße“ aufgefordert. Wie die Führung mit Grund-



In der Verbannung: Pater Chan Tin (auf einem Foto von 1973)

Das neue Programm im Geiste von gestern

Ein neues Programm zu verabschieden, das erste seit 1930, ist eine der Aufgaben des kommenden VII. Parteitag der KP Vietnams. Während der Entwurf des Dokuments über die „Strategie der sozioökonomischen Entwicklung bis zum Jahr 2000“ vom Geist des Pragmatismus, der wirtschaftlichen Öffnung und der Einführung von Marktmechanismen geprägt ist, zeigt die „Plattform für den Aufbau des Sozialismus in der Übergangsperiode“, wie weitgehend die Dogmen des realen Sozialismus noch Denken und Handeln der vietnamesischen Führung bestimmen. Der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa hat die „alten

Männer“ in Hanoi kaum ins Wanken gebracht.

Schon in der Einleitung des im Herbst 1990 auf einer ZK-Tagung verabschiedeten Entwurfs wird deutlich, daß die Führung der Kommunistischen Partei nicht gewillt ist, ihre Macht zu teilen, geschweige denn von ihr abzutreten. „Ohne die führende Rolle der kommunistischen Partei“, so ist an mehreren Stellen zu lesen, „ist es unmöglich, zum Sozialismus voranzuschreiten.“ Es ist deshalb nicht zufällig, daß immer wieder in einem Atemzug von „Partei und Staat“ gesprochen wird, und daß die vietnamesische Führung daran festhält, daß beide nach den Prinzipien des „de-

mokratischen Zentralismus“ organisiert sein müssen.

Entsprechend finden die Ausführungen über demokratische Strukturen im politischen System Vietnams ihre Begrenzung. Schon weit vor der Tolerierung eines Mehrparteiensystems begrenzt die „Plattform“ die demokratischen Rechte der Bürger. Zwar soll ihnen der Anspruch auf „Information und Freiheit der Rede“ garantiert werden, gleichzeitig wird aber die Aufgabe von „Partei und Staat“ betont, „Tendenzen einer formalistischen, extremistischen und bourgeoisen Demokratie“ zu überwinden. Und was das ist, das hat bisher auch in Vietnam immer noch die Partei bestimmt.



Da Nang: Die Verkäufer stehen an.

rechten umgeht, zeigt die Anschuldigung gegen ihn: „Er diskreditiert unsere Partei und den Reformkurs des Staates, indem er Katholiken dazu bewegt, Menschen- und Bürgerrechte einzufordern.“

Nach Recherchen von Amnesty International (ai) sind über 60 „prominente“ politische oder Gewissensgefangene inhaftiert, Schriftsteller, Journalisten, Buddhisten und Kirchenführer, teils seit vielen Jahren und ohne Gerichtsverfahren. In jüngster Zeit sind viele Oppositionelle und Dissidenten festgenommen worden. Es war ein Schock, wie der stellvertretende Außenminister Vu Khoan in Hanoi auf die Frage nach den politischen Gefangenen reagierte. Es gebe keine politischen Gefangenen und die Behauptung sei eine Erfindung und Propaganda des Auslandes, Vietnam zu diskreditieren und zu destabilisieren.

Wenn Bauern das Land selbst wieder in die Hand nehmen

Das seit dem VI. Parteitag von Ende 1986 eingeleitete Reformprogramm Doi Moi ist unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der sozialistischen Gesellschaftssysteme in Osteuropa seit Mitte 1989 fast wieder eingestellt und ausschließlich auf Wirtschaftsreformen beschränkt worden. Die Ergebnisse der Reprivatisierung in der Landwirtschaft, Industrie und im Handel sind jedoch so überzeugend, daß der Ruf nach weitergehenden, und vor allem damit verbundenen politischen Reformen, immer stärker wird. Die Landwirtschaft hat in zwei Jahren nicht nur die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln gesichert, sondern sogar den Export von jährlich über 1 Mio. t Reis ermöglicht, wodurch Vietnam nach den USA und Thailand

Ähnlich widersprüchlich sind die Ausführungen über die Wirtschaftsstrategie. Zwar akzeptiert die vietnamesische Führung heute eine „Mehrsektorenwirtschaft“, die auch den privaten Sektor einschließt, betrachtet dabei aber den „Staats- und Kollektivsektor als Grundlage“. Eine Forderung, die angesichts der agrarisch bestimmten vietnamesischen Wirtschaftsstruktur kaum Lösungen verspricht.

Unlösbare Widersprüche ergeben sich auch aus dem Versuch der „Plattform“, Markt- und Planwirtschaft miteinander zu verbinden. Denn als Ziel wird die „Entwicklung einer Warenwirtschaft“ formuliert, die im Unterschied zur kapitalistischen Warenwirtschaft jedoch einen „sozialistisch orientierten“ Charakter besitzen soll. „Marktmechanismen unter staatlicher Kontrolle“ heißt das

Schlüsselwort, mit dem Unvereinbares zusammengebracht werden soll.

Besonders stark zeigt sich das Festhalten an alten Dogmen in der Einschätzung der internationalen Beziehungen. Ausgehend von der Betonung des sich verschärfenden Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus wiederholt die „Plattform“, daß unsere Epoche „durch den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gekennzeichnet bleibt.“ Diese Auffassung gibt nicht nur die Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung oder sogar Verschärfung des Kampfes gegen Abweichler, sondern schlägt sich in einer, den praktischen Anstrengungen zuwiderlaufenden Prioritätensetzung für die Außenpolitik nieder. Denn die „Plattform“ betont den Vorrang der Beziehungen zur UdSSR und den anderen sozialistischen

zum drittgrößten Reisesporteur geworden ist. Die Partei klammert sich offensichtlich an den ineffizienten öffentlichen Sektor als den Inbegriff von Sozialismus und die wirtschaftliche Basis ihrer Existenz. Durch die drastische Kürzung der sowjetischen Hilfe (Treibstoffe, Stahl, Kunstdünger, Baumwolle u.a.) und die Umstellung des Handels auf Weltmarktpreise und Devisen seit Anfang 1991 bei Fortbestand des Wirtschaftsembargos durch die USA und den Westen nimmt die Wirtschaftskrise 1991 dramatische Formen an. Statt den Reformkurs fortzusetzen, hat man seit Mitte 1990 wieder zur Notenpresse gegriffen, um das Haushaltsdefizit zu decken. Das bedeutet Inflation und weitere Erosion von Vertrauens in Staat und Partei.

Der für Anfang 1991 geplante, jedoch mehrfach verschobene VII. Parteitag wird für die Führung die Stunde der Wahrheit bedeuten. Der Entwurf des Rechenschaftsberichtes läßt auf eine harte Auseinandersetzung innerhalb der Partei schließen und ist voller Widersprüche: die zentrale Planwirtschaft soll um die freie Marktwirtschaft erweitert, die Führungsrolle der Partei durch Demokratisierung gestärkt und die Beziehung zu den sozialistischen Bruderländern durch die Öffnung zum Westen intensiviert werden. Offensichtlich geht es gar nicht mehr um Reformen, sondern allein um die Existenz der Partei. Denn auf nichts wird so hart reagiert, wie auf Forderungen nach der Teilung der Macht durch Pluralismus und ein Mehrparteiensystem. Generalsekretär Nguyen van Linh sagte 1990 beim sechsigsten Jahrestag der Parteigründung: „Neben der Kommunistischen Partei gibt es keine Partei, die irgendeine Klas-

Ländern und hebt insbesondere Laos, Kambodscha und China hervor. Die umworbenen Partner im Westen finden dagegen nur indirekt Erwähnung, wenn es heißt: „Vietnam ist bereit, Freundschafts- und Kooperationsbeziehungen mit allen Ländern aufzunehmen oder auszuweiten, unabhängig von ihrer sozialpolitischen Herrschaftsform.“

Die vom ZK der KP Vietnams vorgelegte Plattform erweist sich als ein Dokument, das der vietnamesischen Führung keine Hilfe bei der Lösung der immensen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme des Landes sein wird. Es ist der untaugliche Versuch der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Parteiführer, ihrer Herrschaft eine neue Legitimation zu geben. Klaus Fritsche